

**Anhörung im Ausschuss Europa und Internationales am 2.12.20 im Landtag,
Claudia Duppel**

Sehr geehrte Frau Schopper,
Sehr geehrter Herr Stächele,
sehr geehrte Mitglieder des Landtags,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, im Rahmen dieser Anhörung sprechen zu dürfen.

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine global nachhaltige Entwicklung ist ein absolut zentrales Anliegen des Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg und des Rats für Entwicklungszusammenarbeit der Landesregierung.

Darum freuen wir uns, dass sie Gegenstand einer Großen Anfrage und einer umfangreichen Berichterstattung der Landesregierung ist.

Die Agenda 2030 wurde 2015 von 193 Staaten beschlossen als ein verbindlicher Aktionsplan, der auf allen politischen Ebene umgesetzt werden muss. Auch auf der Landesebene.

Zu Beginn möchte ich aus der Präambel zitieren

„Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.“

Es geht um tiefgreifende Transformationen und um Globale Verantwortung.

Dazu möchte ich gerne aus dem Vorwort unseres Ministerpräsidenten zum Indikatorenbericht 2019 der NHS des Landes zitieren:

„Nachhaltigkeit wird häufig mit Umweltschutz, erneuerbaren Energien und Recycling gleichgesetzt. Nachhaltigkeit ist allerdings noch viel mehr. Denn nachhaltiges Handeln bedeutet, dass Menschen bei allem was sie tun, an zukünftige Auswirkungen denken.“

Dem muss ich hinzufügen:

Nachhaltiges Handeln bedeutet auch, dass Menschen bei allem was sie tun, immer auch die Auswirkungen auf andere Menschen und Regionen in der Welt denken! Unter besonderer Berücksichtigung der besonders Benachteiligten.

Aus diesem Blickwinkel möchte ich **einige grundsätzliche Anmerkungen** zum Bericht der Landesregierung machen:

- Die meisten der genannten Aktivitäten haben den **Nutzen für Baden-Württemberg** im Blick – für *unseren* Wohlstand, den Erhalt *unsere* Natur, *unseren* gesellschaftlichen Zusammenhalt, *unsere* prosperierende Wirtschaft usw. Das ist natürlich nicht falsch und entspricht dem Regierungsauftrag einer Landesregierung. Aber es ist nicht ausreichend im Sinne und Geiste der Agenda 2030.

- Sie stellt auch die Frage **Was trägt Baden-Württemberg zu einer global nachhaltigen Entwicklung bei?** Welche Auswirkungen hat unsere Politik, unser Wirtschaften, unser Lebensstil, unser Konsum auf Menschen in anderen Regionen der Welt? Sie fordert, Verantwortung zu übernehmen für diese Auswirkungen. Und sie fordert einen Geist globaler Solidarität. Den Stimmen der Ärmsten und Schwächsten soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Was ist damit gemeint? Hier ein paar Beispiele:

- **Baden-Württemberg ist ein Vielfraß.** Wir benötigen riesige Mengen an Rohstoffen aller Art: Mineralien, landwirtschaftliche Flächen im Ausland, billige Arbeitskräften,...alles nötig für unsere Art des Wirtschaftens. Palmöl, Soja, Holz, Früchte, Lithium, Kupfer, – die Liste ist endlos. Wenn alle Bewohner der Erde so viele Ressourcen verbrauchen würden wie wir, bräuchten wir mehr als 4 Erden. Das funktioniert zur Zeit nur, weil andere Länder und Menschen sehr viel weniger verbrauchen und in Anspruch nehmen. Das heißt: wir verbrauchen sehr viel mehr als uns zusteht.
- Darum müssen wir in Bezug auf unseren **Ressourcenverbrauch** nicht nur auf Ressourceneffizienz setzen sondern auch auf **Ressourcengerechtigkeit** und wie diese erreicht werden kann.
- **Wir nutzen ausbeuterische Lebens- und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern zu unserem Vorteil.** Wir nehmen massive Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung von bei uns selbstverständlichen Sozial- und Umweltstandards billigend in Kauf, um billig zu beschaffen und zu konsumieren. Menschen werden in Bergwerken, in Textilfabriken, auf Soja- Kakao- oder Baumwollfeldern, massiv ausgebeutet, inklusive Kinderarbeit, um an uns zu liefern, für uns zu produzieren. Schlechte Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte soziale Absicherung...Profitabel sind diese Wertschöpfungsketten vor allem für uns.
- Nach der Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, die den Nachhaltigkeitsgedanken auf die weltweite Agenda setzte, verbreitete sich der Slogan „Global denken – lokal handeln“. Mir kommt das Global Denken im Sinne der Agenda 2030 im Bericht der Landesregierung zu kurz. Darum greift ihr lokales Handeln auch manchmal zu kurz.

Im folgende möchte ich auf ein paar ausgewählte Handlungsfelder eingehen:

Die **Nachhaltigkeitsstrategie** bietet in ihrer grundsätzlichen Aufstellung echte Chancen, Nachhaltiges Handeln zu fördern. Wie ambitioniert die einzelnen Ressorts die Impulse aus Beirat und Zielgruppeninitiativen aufnehmen ist aus meiner Sicht höchst unterschiedlich, ist jedoch entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Bei der Überarbeitung ihrer Leitsätze 2018 zur Integration der Globalen Nachhaltigkeitsziele konnte der Aspekt globaler Verantwortung geschärft werden. Ein Leitsatz greift Globale Verantwortung als eigenen Punkt auf:

„Nachhaltiges Handeln in Baden-Württemberg heißt, im Rahmen der Globalisierung

Verantwortung für eine faire Entwicklung zu übernehmen, die Stärken Baden-Württembergs international einzubringen und die verschiedenen Akteursgruppen in ihrem entwicklungspolitischen Engagements zu unterstützen.“

Als Indikator sind die öffentlichen Entwicklungsausgaben in Baden-Württemberg genannt, 0,032% des BSP. Das Ampelsystem, das eine Trend-Bewertung in Bezug auf die Erreichung der Ziele darstellt, zeigt auf gelb. Damit wird deutlich, dass die finanziellen Mittel für diesen Bereich trotz Erhöhung in den letzten Jahren deutlich zu gering sind.

Das Thema Globale Verantwortung ist unter dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit“ schwerpunktmäßig im **Staatsministerium** angesiedelt, das auch die Interministerielle Arbeitsgruppe koordiniert. Globale Verantwortung als Querschnittsaufgabe wird dadurch befördert und hat in den letzten Jahren an Stellenwert gewonnen.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei der **REZ**, der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, der sich selbst eher als Rat für Globale Verantwortung versteht. Dort sitzen Vertreter*innen von Zivilgesellschaft, Kirchen, Kommunen, Stiftungen, Hochschulen, Migrant*innen usw. die sich im Sinne Globaler Verantwortung engagieren und sich im Rat vernetzen und abstimmen. Sie beraten die Landesregierung und haben dazu den Dialog mit verschiedenen Ressorts aufgenommen.

Das Staatsministerium setzt vor allem auf die Förderung der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteure im Land, die seit Jahren Beiträge zur Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele leisten – zum einen durch direkte Partnerschaften und Kooperationen mit Partnern in Ländern des globalen Südens z.B. zur Armutsbekämpfung, zum Umweltschutz oder zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zum anderen durch ihre Informations- und Bildungsarbeit hier, um Menschen für weltweite Zusammenhänge zu sensibilisieren und zu informieren, ein Umdenken zu bewirken und für nachhaltiges Handeln zu gewinnen, z.B. für einen bewussteren Konsum, der Ressourcen schont und Rechte und Würde der Produzent*innen achtet.

Der Bericht der Landesregierung listet viele Projekte auf, die wichtige Impulse geben. Beispielhaft möchte ich die Kampagne Future Fashion zu nachhaltiger Mode erwähnen, die sich vor allem an die Jugend richtet.

Programme wie das Eine Welt Promotor*innenprogramm, mit 18 Promotor*innen verteilt über Baden-Württemberg, unterstützen diese bürgerschaftliche Initiativen, Organisationen, Kommunen, Bildungseinrichtungen und Individuen durch Beratung und Vernetzung.

Zehn von ihnen sind Fachpromotor*innen, die thematisch oder zielgruppenspezifisch arbeiten - zu Nachhaltiger Beschaffung und Unternehmensverantwortung, zu Fairem Handel, zu Bildung für nachhaltige Entwicklung, zu Hochschulen, zur Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Sie sind Expert*innen in ihrem Fachgebiet und suchen den Dialog und die Kooperation mit der Landesregierung.

Natürliche Verbündete für die Agenda 2030 sind die Vereine und Organisationen von **Menschen mit Migrationsbiographie. Sie helfen uns, den globalen Blick zu schärfen.** In diesem Sinne schätzen wir das Impulsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt des SM, das zukunftsweisende

Ansätze im Sinne von Teilhabe und interkultureller Öffnung und der Bekämpfung von Rassismus ermöglicht.

Bildung ist eine oder die zentrale Aufgabe der Landespolitik. Dort werden Kinder, Jugendliche, Bürgerinnen und Bürger, zukünftige Leistungsträger und Entscheider geprägt und motiviert. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist darum der Schlüssel für mehr Bewusstsein für nachhaltiges Denken und Handeln und Globale Verantwortung in unserer Gesellschaft. Wenn wir die Agenda 2030 umsetzen wollen muss hier deutlich mehr getan werden.

Was bisher getan wurde begrüßen wir; viele zivilgesellschaftlichen Akteure haben sich dabei auch in großem Umfang eingebracht. Eine wichtige Rolle spielt hier das Entwicklungspädagogische Informationszentrum, das EPiZ in Reutlingen, mit seinem bundesweiten Netzwerk.

Leider können wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sein. Die BNE Landeskoordination im Ministerium gibt es schon nicht mehr. Das Netzwerk Nachhaltigkeit lernen findet zur Zeit nicht statt aus Mangel an Kapazitäten im Ministerium. Im BNE Netzwerk Schulen sind zur Zeit 30 Schulen, von insgesamt über 4000 Schulen im Land. Die Verankerung von BNE in den Lehramtsstudiengängen ist geschafft, die Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte ist völlig unzureichend.

Die **Hochschulen** sind ebenfalls zentrale Akteure zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung. Hier wird zweifellos viel unternommen, um mit Forschung und Innovation einen Beitrag zu leisten. Der Nachhaltigkeitsbegriff, der hier verwendet wird, erscheint mir jedoch einseitig, Natur und Technik stehen meist im Vordergrund. Globale Beziehungen werden zu selten in Bezug auf globale Verantwortung in den Blick genommen. Die Globalen Nachhaltigkeitsziele werden wenig systematisch bearbeitet.

Einen positiven Ansatz sehe ich in der Intensivierung von Austauschbeziehungen zu afrikanischen Universitäten. Dazu sollte auch die Bearbeitung unserer Kolonialgeschichte gehören. Sie bieten die Chance, dass unser Blick für eine weltweit gerechte Entwicklung geschärft wird und dass neue Allianzen geschmiedet werden.

Kritisch sind weiterhin die Studiengebühren für ausländische Studierende zu sehen, die die Bemühungen um eine Erhöhung von Stipendien konterkarieren.

Gerechte Handelsbeziehungen und die Einhaltung von Menschenrechten entlang der Lieferketten sind zentrale Elemente von Globaler Verantwortung.

Durch die **VwV Beschaffung** wurde ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Beschaffung in globaler Verantwortung geleistet, was wir sehr begrüßen. Für ihren Erfolg erscheint es uns wesentlich, die Schulungsoffensive „Nachhaltige Beschaffung“ zu verstetigen und um eine Landeskompentenzstelle für nachhaltige Beschaffung zu ergänzen. Auch müssen Nachhaltigkeit und

nachhaltige Beschaffung in der Ausbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen verankert werden.

Von herausragender Bedeutung ist aus unsere Sicht die **Initiative für ein Lieferkettengesetz** auf Bundesebene, gefordert auch von Unternehmen in Baden-Württemberg wie Ritter Sport, Weleda, Vaude. Hier würden wir uns eine Unterstützung durch die Landesregierung sehr wünschen.

Ich möchte mit drei Anliegen / Angeboten schließen:

1. Die Agenda 2030 verlangt mehr Globale Verantwortung. Diese Perspektive muss einfließen in die Ausgestaltung alltäglicher Politik. Dazu müssen in den Ministerien Ressourcen verstärkt werden. Sonst werden wir die Agenda 2030 nicht umsetzen können.
2. Das Engagement der Zivilgesellschaft, die die Umsetzung der Agenda 2030 seit Anfang an vorantreiben und dafür Allianzen schmieden, bieten ein großes Potential zur Erreichung der Ziele. Darum macht es Sinn, ihre Kapazitäten und Ressourcen auszubauen. Denn ohne eine intensive Beteiligung der Zivilgesellschaft können die Globalen Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden.
3. Bildung ist die zentrale Aufgabe der Landespolitik. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist grundlegend für die Verankerung der Globalen Nachhaltigkeitsziele im Bewusstsein unserer Gesellschaft. Die Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtstrategie BNE muss mit viel mehr Nachdruck und Ressourcen vorangetrieben werden. Die Zivilgesellschaft ist bereit, ihre Umsetzung mit aller Kraft zu unterstützen.